

An die  
Fraktionsvorsitzende der CDU Odenthal  
Frau Ciliax-Kindling

Odenthal, den 29.3.2019

Sehr geehrte Frau Ciliax-Kindling,

ein Mitglied Ihrer CDU-Fraktion wird in einem Artikel der Bergischen Landeszeitung vom 28.3.2019 von der Verfasserin des Artikels, Frau Peine, dahingehend wiedergegeben, dass er ein wirtschaftliches Scheitern des Nahversorgers in einem Neubaugebiet, das sich durch die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes an der Scheurener Straße ergeben wird, dadurch abgesichert sieht, dass den Markt im Falle der Unwirtschaftlichkeit eine Genossenschaft weiterführen könnte.

Die *Bürgerinitiative Oberodenthal Landschaft erhalten – Zukunft gestalten* wird diese Äußerung im Zusammenhang mit dem Nahversorger und dem gesamten Prozess rund um die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes zeitnah öffentlich auf der Sachebene kommentieren.

Bevor das geschieht, möchten wir Ihnen der guten Form und der Fairness halber Gelegenheit geben, klarzustellen, in welcher Funktion Ihr Parteimitglied diese Erklärung gegenüber der Presse abgab.

Wir bitten Sie darum, weil wir verhindern möchten, dass die CDU-Fraktion und die CDU als Partei in Odenthal durch die nun folgende sachliche Auseinandersetzung mit dieser weiteren abenteuerlichen Theorie zum Nahversorger-Thema politische Nachteile zu verkraften hat, sofern hier keine Fraktions- oder Parteien-Funktion ausgeübt wurde.

Sollte dies der Fall sein, bitten wir Sie daher, sich in vergleichbarer Weise so öffentlich von der Position Ihres Fraktions-Mitgliedes zu distanzieren, wie sie öffentlich eingenommen wurde und klarzustellen, dass es sich dabei nicht um eine Position der CDU Odenthals handelt.

Die *Bürgerinitiative Oberodenthal Landschaft erhalten – Zukunft gestalten* würde bei ihrer bevorstehenden Öffentlichkeitsarbeit eine solche Distanzierung entsprechend berücksichtigen.

Selbstverständlich kommt auch in Frage, dass Ihr Fraktions-Mitglied tatsächlich für die CDU gesprochen hat. Eine dem entsprechende Klarstellung wäre uns genauso wichtig für unsere möglichst objektive Darstellung der Verfechter der Idee, einen unwirtschaftlichen Nahversorger mit einer Genossenschaft aufzufangen.

Zu dieser Idee selbst ist zu Ihrer persönlichen Einschätzung der Situation in Kurzform, die sich beliebig ergänzen und ausformulieren ließe, anzumerken:

Wie Sie natürlich wissen, sind Genossenschaften selten gemeinnützig. Sie müssen zwar nicht gewinnorientiert, aber zumindest kostendeckend wirtschaften. Gelingt dies nicht, wird die Genossenschaft liquidiert und die Genoss\*Innen verlieren mindestens den Wert ihrer gezeichneten Anteile, bei Nachschussregelungen in der Satzung ggf. auch noch mehr ihres Geldes. Im vorliegenden Fall wäre die Unwirtschaftlichkeit eines professionellen Betriebes des Nahversorgers ja bereits nachgewiesen. Vor diesem Hintergrund sollte es schwierig sein, für eine Gründung ausreichend viele Anteile zu verkaufen. Selbst wenn der unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, ist ein wenn überhaupt kostendeckender Betrieb nur mit ehrenamtlichen Kräften zu ermöglichen. Das würde bedeuten, dass in letzter Konsequenz ausgerechnet diejenigen, die gegen einen Nahversorger waren, mit ihrer unbezahlten Zeit und ihrem Einsatz dem Investor den geordneten Rückzug ermöglichen sollen.

Die wegen des finanziellen Risikos der Genoss\*Innen unmögliche Gründung einer Genossenschaft ist wahrscheinlich, die Erwartung ehrenamtlichen Einsatzes für den Erhalt eines für Viele erwartungsgemäß und historisch belegtermaßen unwirtschaftlichen Nahversorgers perfide. Stattdessen eventuell reklamierte fehlende Sachkenntnis zur Wirtschaftlichkeit oder der Historie von Nahversorgern oder dem Wesen von Genossenschaften verbessert das Bild nicht.

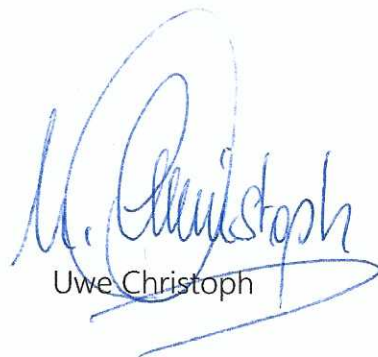
Wir bitten Sie, uns auf dieses Schreiben bis spätestens zum 04.04.2019 qualifiziert, das heißt konkret zu antworten. Wir können uns auch vorstellen, dass Sie in der Sitzung des Ausschusses Planen und Bauen ein entsprechendes Statement zu Protokoll nehmen lassen. Sollten Sie in gleicher Sitzung Ihre Fraktion grundsätzlich gegen eine Fortsetzung der 8. Änderung des Flächennutzungsplanes votieren lassen, wäre dies natürlich genauso akzeptabel.

Sollten wir bis zum Ende der Sitzung des Ausschusses Planen und Bauen am 4.4.2019 nichts von Ihnen hören, gehen wir davon aus, dass die CDU Odenthal als Partei die Idee der Genossenschaft als Absicherung gegen einen unrentablen Nahversorger für eine geeignete Rückfallebene hält, und somit in der Bergischen Landeszeitung die Meinung der CDU abgedruckt wurde. In diesem Fall werden wir als erste Information dieses Schreiben veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Bechen



Uwe Christoph

Mitglieder im Kernteam der  
Bürgerinitiative Oberodenthal Landschaft erhalten – Zukunft gestalten